

Zentralschweiz am Sonntag; 27. Juni 2010;

Luzerner Zeitung
Schweiz
Internetkriminalität

«Jugendschutz muss angepackt werden»

Kinder seien heute nicht genug gegen digitale Gefahren gefeit, findet der Kinderschutz. Und fordert, dass die Behörden endlich vorwärts machen.

Kinderschutz Schweiz kümmert sich sonst um Kinder. Jetzt macht sich die Organisation Seite an Seite mit dem Gewerbe für den Kampf gegen Internetkriminalität stark. Weshalb?

Ronja Tschümperlin*: Man muss das ganze Thema viel breiter anschauen statt nur auf Kinder und Jugendliche fokussiert. Kinder, die heute nicht in Medienkompetenz und im Bereich Internetsicherheit geschult werden, sind bereits in wenigen Jahren in vielfältigen Funktionen in der Gesellschaft tätig und nehmen am wirtschaftlichen Leben teil. Komplexe Systeme sind verwundbar, und durch Fehlverhalten im Umgang mit dem Internet kann nicht zuletzt auch grosser Schaden entstehen. Die Gesellschaft braucht Leute, die verantwortungsvoll und kompetent mit den Herausforderungen der neuen Medien umgehen und allfälligen Gefahren richtig begegnen.

Darum kümmern sich doch schon verschiedene Bundesstellen und private Institutionen. Reicht Ihnen das nicht?

Tschümperlin: Ich bin mit der heutigen Situation nicht zufrieden. Es gibt zwar sehr viele verschiedene Organisationen und Stellen, die sich dieser Probleme annehmen. Meine Erfahrung zeigt, dass es so wie heute aber nicht geht. Ich bin seit fünf Jahren mit diesen Themen direkt beschäftigt. Alle sagen, man müsse unbedingt etwas zur systematischen Förderung der Medienkompetenz unternehmen, doch passiert ist in all den Jahren fast nichts. Nur schon die Frage nach den Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen ist aus meiner Sicht alles andere als förderlich für gute, nachhaltige Lösungen in diesem Bereich.

Der Bund kann doch jetzt in der Prävention mitreden?

Tschümperlin: Das kann er, und das ist auch gut. Ich bleibe im Moment aber noch etwas auf Distanz und will nicht jubeln. Ich will zuerst sehen, ob künftig mehr Angebote geschaffen oder unterstützt werden. Es braucht flächendeckende, gesamtschweizerische Ansätze, sowohl in den Schulen als auch für die Eltern.

Es fehlt also an Personal und Geld, um die Jugendmedienkompetenz zu fördern.

Tschümperlin: Es gibt sehr viele kompetente Leute. Das ist nicht das Problem. Aber es fehlt an den nötigen Investitionen, um künftig auf eine IT-fitte Gesellschaft zählen zu können. Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung. Beim Internet ist das aber nicht gewährleistet. Jugendmedienschutz und die Förderung von Medienkompetenz werden von Kanton zu Kanton unterschiedlich gut umgesetzt.

Was fordern Sie?

Tschümperlin: Es braucht je nach Ziel- und Altersgruppe verschiedene Angebote. Diese könnte man in den Schulplan einbauen. Ich weiss und habe Verständnis dafür, dass den Lehrpersonen immer mehr aufgelastet wird und dass sie das nicht auch noch übernehmen wollen. Ich könnte mir aber vorstellen, dass Jugendmedienschutz und der Umgang mit dem Internet von einer Person gelehrt wird, die wie der Dorfpolizist persönlich in die Schulstube geht. Gleichzeitig müssen aber auch gute Angebote für die Eltern zur Verfügung stehen. Sie begleiten die Kinder in der Freizeit und haben oft selber einen Wissensbedarf.

Wieso ist denn Jugendmedienschutz und Medienkompetenz ein so grosses Thema?

Tschümperlin: In der Schweiz hat Kinderschutz einen Stellenwert. Aber die Thematik Jugendmedienschutz und Medienkompetenz wird völlig unsystematisch betrieben. Weil das Internet in Freizeit und Schule ständige Begleiter sind, sind die Risiken entsprechend breit gestreut. Die

Beurteilung dieser Risiken, verbunden mit einer gewissen Weitsicht, hilft vielleicht, dass die Forderung nach einem umfassenden Jugendmedienschutz und der Förderung der Medienkompetenz in der Gesellschaft endlich angepackt wird.

Hinweis: * Ronja Tschümperlin(39) ist zuständig für den Jugendmedienschutz bei Kinderschutz Schweiz.

juerg.aufdermaur@zentralschweizamsonntag.ch

Bund und Verbände Mehr Effizienz

Bund, Kantone und private Organisationen sollen effizienter und kostengünstiger gegen Internetkriminalität vorgehen. Das fordert eine breite Allianz von Parlamentariern von links bis rechts. Sie alle stellen sich hinter eine parlamentarische Initiative der Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Darin wird vom Bundesrat verlangt, dass er endlich die gesetzlichen Grundlagen schafft, damit im Bereich Jugendmedienschutz und Bekämpfung der Internetkriminalität koordiniert vorgegangen werden kann. Dies soll mit den in diesem Gebiet aktiven Nonprofit-Organisationen und Branchenverbänden geschehen.